

## **RFNP-Änderung 08 GE ehem. Bergmannsglück**

### **Teil A: Begründung**

<b>1</b>	<b>Anlass und Erfordernis der Änderung</b>	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Planungsrechtliche Vorgaben</b>	<b>2</b>
2.1	Vorgaben von Landesentwicklungsprogramm (LEPro) und Landesentwicklungsplan (LEP)	2
2.2	Vorgaben des RFNP	3
2.3	Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung	3
2.4	Darstellungen/Festsetzungen des Landschaftsplanes/der Landschaftspläne	3
2.5	Bebauungsplanung	3
2.6	Sonstige informelle Planungen	4
2.6.1	Interkommunales Integriertes Handlungskonzept für Gelsenkirchen-Hassel und Herten-Westerholt/Bertlich: Zwei Städte - ein Ziel (IIHK)	4
2.6.2	Freiflächenentwicklungskonzept (FREK)	4
<b>3</b>	<b>Gegenstand der Änderung</b>	<b>4</b>
3.1	Geltungsbereich, Lage und Beschreibung des Änderungsbereiches	4
3.2	Bedarfsnachweis	5
3.3	Änderung der zeichnerischen Festlegung/Darstellung	5
3.4	Auswirkung der Änderung auf den flächennutzungsplanerischen und/oder den regionalplanerischen Teil des RFNP	5
3.5	Alternative Entwicklungsmöglichkeiten	6
<b>4</b>	<b>Sonstige Belange</b>	<b>6</b>
4.1	Bergbau	6
4.2	Schachtschutzbereiche	6
4.3	Altlasten	7
4.4	Verkehr	7
4.5	Immissionsschutz	7
4.6	Denkmalschutz	7
4.7	Bodendenkmalpflege	8
4.8	technische Infrastruktur	8
<b>5</b>	<b>Verfahrensablauf</b>	<b>8</b>
5.1	Verfahren	8
5.2	Benehmen/Einvernehmen des RVR	8
5.3	Umgang mit den Stellungnahmen	9
<b>6</b>	<b>Flächenbilanz</b>	<b>10</b>

### **Teil B: Umweltbericht**

## **Teil A: Begründung**

### **1 Anlass und Erfordernis der Änderung**

Der Bereich der ehemaligen Zeche Bergmannsglück im Stadtteil Hassel wurde zunächst im Regionalen Flächennutzungsplan zu einem Teil als Wohnbaufläche/ASB und zu einem Teil als gemischte Baufläche/ASB dargestellt. Dabei wurde im Genehmigungserlass vom 18.11.2009 im Rahmen der Prüfung des RFNP als gemeinsamer Flächennutzungsplan die Darstellung der Wohnbaufläche versagt. Begründet wurde diese Versagung mit der Lage der Fläche im Einwirkungsbereich des Chemiestandortes Scholven. Das Dezernat 53 der Bezirksregierung Münster (Immissionsschutz) hatte bereits im Verfahren zur Aufstellung des RFNP angeregt, die entsprechenden Bereiche als gewerbliche Baufläche/ASB darzustellen. Dieser Anregung wird im Rahmen des Änderungsverfahrens Rechnung getragen. Die durch die Versagung entstandene Darstellungslücke (Weißfläche) wird neu ausgefüllt.

Darüber hinaus wird der als gemischte Baufläche/ASB dargestellte südlich angrenzende Bereich mit in die Änderung mit einbezogen und ebenfalls als gewerbliche Baufläche/ASB dargestellt. Der Geltungsbereich hat damit insgesamt eine Größenordnung von ca. 19 ha.

Für den südlichen Bereich besteht derzeit ein konkretes Ansiedlungsinteresse der Firma Haus Vogelsang GmbH (HVG). Die Firma zählt deutschlandweit zu den größten Unternehmen im Bereich Grünflächenmanagement. Für den nördlichen Teilbereich der Änderung besteht das Interesse des Grundstückseigentümers E.ON, die Flächen ebenfalls gewerblich zu nutzen. Zurzeit ist dies in geringem Umfang bereits der Fall.

### **2 Planungsrechtliche Vorgaben**

#### **2.1 Vorgaben von Landesentwicklungsprogramm (LEPro) und Landesentwicklungsplan (LEP)**

§ 25 LEPro beschreibt Vorgaben für die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft. Hiernach ist im Rahmen eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums eine mit qualitativen Verbesserungen verbundene arbeitsmarktorientierte und umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung anzustreben.

Die Planung entspricht den nach LEPro für die Entwicklung von gewerblich genutzten Bereichen vorgegebenen Zielsetzungen. Da es sich im vorliegenden Fall nicht um eine Neuinanspruchnahme von Siedlungsfläche, sondern um die Nachfolgenutzung industriell geprägter Flächen, handelt, ist davon auszugehen, dass die Planung in diesem Sinne als umweltverträglich anzusehen ist. Eine Ansiedlung des Unternehmens Haus Vogelsang wäre darüber hinaus durchaus als relevant für den lokalen Arbeitsmarkt und als Beitrag für eine positive Wirtschaftsentwicklung einzuschätzen.

Ziel C.II.2.1 des LEP legt fest, dass Regional- und Bauleitplanung durch Darstellung und Festsetzung ausreichender Siedlungsbereiche, Bauflächen und Baugebiete in den Gebiets-, Flächennutzungs- und Bebauungsplänen die Baulandversorgung für den regionalen und kommunalen Bedarf sicherzustellen haben.

Ziel C.II.2.2 schreibt vor, dass vor der Inanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich für gewerbliche und industrielle Nutzung die Möglichkeiten zur Mobilisierung von Bauland auf innerstädtischen Flächen, soweit städtebau- und umweltverträglich, auszuschöpfen sind.

Ziel C.II.2.3 beinhaltet folgende vorrangige Kriterien als Vorgabe bei der Inanspruchnahme von dargestellten Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen durch die kommunale Bauleitplanung und/oder bei der Darstellung von weiteren Gewerbe- und

Industrieansiedlungsbereichen in Regionalplänen, die für die vorliegende Änderung relevant sind:

- Maßnahmen der Innenentwicklung, insbesondere die Nutzung brachliegender und ungenutzter Grundstücke, haben Vorrang vor der Inanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich.
- Die Möglichkeit der Arrondierung vorhandener Gewerbe- und Industriestandorte soll genutzt werden, bevor andere Flächen in Anspruch genommen werden.
- Untergenutzte Gewerbe- und Industriestandorte sind nach Möglichkeit zu verdichten.

Die Planung entspricht den Vorgaben des Landesentwicklungsplanes. Es handelt sich um die Wiedernutzbarmachung einer vormals gewerblich genutzten Fläche, die derzeit überwiegend brach liegt und damit um eine klassische Maßnahme der Innenentwicklung. Darüber hinaus wird mit der Planung ein bestehender Gewerbebestandort vergrößert. Die geplante Unternehmensansiedlung löst bestehende Nutzungskonflikte an den derzeitigen Standorten in Datteln, Gelsenkirchen (Almastraße) und Gladbeck, da vor Ort kein Erweiterungsspielraum mehr gegeben ist.

## **2.2 Vorgaben des RFNP**

Der RFNP nimmt mit Ziel 6 die Vorgaben des LEP mit Ziel C.II.2.1 (siehe oben) auf. Demnach ist im Plangebiet ein bedarfsgerechtes Angebot an Wirtschaftsflächen vorzuhalten. Bei Neuplanungen - wie im vorliegenden Fall - ist darauf zu achten, dass keine neuen Nutzungskonflikte entstehen. Hierbei ist auf insbesondere die umgebende Wohnnutzung Rücksicht zu nehmen (siehe auch 4.5).

Das Änderungsverfahren trägt dem Bedarf der Firma Haus Vogelsang Rechnung. Am vorliegenden Standort bestehen perspektivisch Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Unternehmens. Im Rahmen des nachfolgenden Bebauungsplanverfahrens ist nachzuweisen, dass besonders im Grenzbereich der Nutzungen Gewerbe und Wohnen keine Konflikte herbeigeführt werden.

## **2.3 Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung**

Im Regelfall ist nach § 34 LPlG für Flächennutzungspläne bzw. Flächennutzungsplanänderungen und für nicht aus dem FNP entwickelte Bebauungspläne ein landesplanerisches Anpassungsverfahren durchzuführen. Zur Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung hat die Gemeinde dazu bei der Regionalplanungsbehörde anzufragen, welche Ziele für den Planungsbereich vorliegen. Der Regionalplan und damit auch der regionalplanerische Inhalt des RFNP, den die Planungsgemeinschaft in eigener Verantwortung festlegt, nehmen hingegen nicht am landesplanerischen Zielanpassungsverfahren teil.

Für die bauleitplanerischen Inhalte des RFNP ist nach Auffassung des RVR als Regionalplanungsbehörde ebenfalls kein landesplanerisches Zielanpassungsverfahren erforderlich. Der RVR ist am Verfahren aber ohnehin beteiligt (siehe auch 5.2), so dass eine Prüfung der landesplanungsrechtlichen Belange sichergestellt ist.

## **2.4 Darstellungen/Festsetzungen des Landschaftsplanes/der Landschaftspläne**

Der Bereich der Änderung befindet sich nicht im Geltungsbereich des Landschaftsplanes. Westlich angrenzend ist Landschaftsschutz festgesetzt.

## **2.5 Bebauungsplanung**

Für den nördlichen Teilbereich der Änderung wurde 2006 ein Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 383 „Neues Wohnquartier Bergmannsglück“ gefasst. Die Zielsetzung der

Entwicklung eines Wohngebietes entsprach dem seit 2001 wirksamen kommunalen Flächennutzungsplan, der im Mai 2010 durch den RFNP abgelöst wurde. Mit Versagung der Genehmigung des Bereiches als Wohnbaufläche im RFNP sind die damaligen planerischen Zielvorstellungen überholt.

Für den gesamten Bereich der ehem. Zeche Bergmannsglück wurde zur planungsrechtlichen Sicherung von gewerblichen Ansiedlungen das Bebauungsplanverfahren Nr. 409 „Ehemalige Zeche Bergmannsglück“ eingeleitet.

Auf einem Teil des Geländes soll bereits kurzfristig im Jahr 2011 mit einer vorläufigen Nutzung der Firma Haus Vogelsang begonnen werden. Es ist beabsichtigt, die neueren Hallen und Gebäude im Ostteil des Grundstücks vorgezogen in Nutzung zu nehmen. Das Vorhaben wird derzeit bauordnungsrechtlich geprüft. Die weitere Entwicklung und Bebauung des Gesamtstandortes soll auf der Grundlage des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 409 erfolgen.

## **2.6 Sonstige informelle Planungen**

### **2.6.1 Interkommunales Integriertes Handlungskonzept für Gelsenkirchen-Hassel und Herten-Westerholt/Bertlich: Zwei Städte - ein Ziel (IIHK)**

Das Interkommunale Integrierte Handlungskonzept für Gelsenkirchen-Hassel und Herten-Westerholt/Bertlich: Zwei Städte - ein Ziel (IIHK) wurde im Frühjahr 2009 vom Rat der Stadt Gelsenkirchen beschlossen und das Programmgebiet in das Förderprogramm Soziale Stadt aufgenommen. Im Rahmen des Handlungskonzeptes wird die Fläche als Entwicklungsfläche betrachtet, die als Gewerbegebiet weiterentwickelt werden kann. Insgesamt bietet der Standort „Zeche Bergmannsglück“ aufgrund der großen Flächenverfügbarkeit Potenzial für eine großflächige Gewerbe-/Industrienutzung (vgl. IIHK, S. 116).

### **2.6.2 Freiflächenentwicklungskonzept (FREK)**

Das Freiflächenentwicklungskonzept beschreibt den Änderungsbereich als südwestlichen Teil des Hasseler Bogens und formuliert für den Gesamtbereich u.a. folgende Ziele:

- Aufbau einer durchgängigen Freiraumverbindung vom Waldband Westerholt/Löcherheide bis zum Picksmühlenbachtal
- Schaffung von Durchlässigkeit beim neu entstehenden Gewerbegebiet
- Verbesserung der Erreichbarkeit aus den angrenzenden Wohngebieten

In der verbindlichen Bauleitplanung sollte daher die Durchgängigkeit/Verlängerung des „Hasseler Bogens“ für die Naherholung und für den Biotopverbund in der konkreten Flächengestaltung Berücksichtigung finden.

## **3 Gegenstand der Änderung**

### **3.1 Geltungsbereich, Lage und Beschreibung des Änderungsbereiches**

Der Bereich der Änderung liegt im Südwesten des Gelsenkirchener Stadtteils Hassel. Er wird im Norden begrenzt durch die Pawiker Straße, Richtung Osten durch die Lessing- und Körnerstraße, im Süden durch den Heinrich-Müller-Weg und im Westen durch die bebauten Bereiche der Bergmannsglückstraße.

Auf dem nordöstlich angrenzenden Bergmannsglückgelände, das auch als Technikum bezeichnet wird, befindet sich der Verwaltungsfirmensitz der E.ON Fernwärme GmbH und sowohl die Verwaltung als auch die Werkstätten der E.ON Anlagenservice GmbH. Weiterhin befinden sich dort die Ausbildungswerkstätten des Aus- und Fortbildungszentrums und die Materiallagerwirtschaft der E.ON Kraftwerke GmbH. Ebenfalls sind auch noch Verwaltungen

der E.ON New Built & Technology GmbH und der E.ON Facility Management GmbH angesiedelt. Insgesamt stellt der Standort des Technikums an der Bergmannsglückstraße nach wie vor eine Gemengelage von Verwaltungseinheiten und gewerblicher Nutzung mit 24-Stunden-Betrieb dar.

Westlich und östlich des Änderungsbereiches grenzt Wohnbebauung an. Südlich an das Gelände grenzen ein Seniorenwohnheim und ein Kindergarten (s. auch 4.5).

Der nördliche Teilbereich der Fläche ist vollständig geräumt und ungenutzt. Auf dem Gelände befand sich die Bergeumladeanlage der ehem. Zeche. Im Süden befand sich das Zentrallager der RAG/DSK, das im Juli 2008 nach Bottrop verlagert wurde. Der Teilbereich der Fläche ist seitdem weitgehend ungenutzt und beherbergt die leerstehenden Bestandsgebäude und Hallen. Für einige Gebäude muss untersucht werden, ob sie schutzwürdig im Sinne des Denkmalschutzgesetzes sind. Im westlichen Teilbereich der Fläche befinden sich das Alfred-Schmidt-Haus mit Galerie und das ehemalige Wohnhaus von Werner Thiel, einem bekannten Gelsenkirchener Künstler. Diese Einrichtungen sind jedoch nicht von den Änderungsabsichten betroffen.

### **3.2 Bedarfsnachweis**

Die Darstellung von Wohnbaufläche/ASB im Bereich Bergmannsglück wurde im Rahmen der Aufstellung des RFNP nicht genehmigt. Wegen des Störgrades der Raffinerie- und Petrochemieanlagen ist nach Abstandsliste ein Schutzabstand zu Wohngebieten von 1.500m vorzusehen, um Konflikte zwischen industrieller Nutzung und Wohnnutzung zu vermeiden. In der Erläuterung nimmt der Genehmigungserlass Bezug auf die Stellungnahme der Bezirksregierung Münster, Dezernat 53, die im Verfahren angeregt hatte, die Fläche als gewerbliche Baufläche/ASB darzustellen, und kritisiert, dass der Anregung zunächst nicht gefolgt wurde. Dies soll nun nachgeholt werden.

Für den Änderungsbereich kommt wegen der Nähe zu dem bestehenden Chemiewerk in Scholven als bauliche Nutzung nur eine gewerbliche Nutzung in Frage.

Mit der Darstellung einer gewerblichen Baufläche für den südlichen Teilbereich wird dem konkreten Bedarf der Firma Haus Vogelsang Rechnung getragen.

### **3.3 Änderung der zeichnerischen Festlegung/Darstellung**

Die Änderung bezieht sich allein auf den plangrafischen Teil des RFNP.

Der gesamte Änderungsbereich wird als G/ASB dargestellt. Damit wird eine Darstellung für den nicht genehmigten Bereich nachgeholt und der südliche Teilbereich von der Zielsetzung einer gemischt genutzten Entwicklung in Richtung einer schwerpunktmäßig gewerblichen Nutzung konkretisiert.

Eine Änderung textlicher Ziele und Grundsätze ist nicht Bestandteil der Planung.

### **3.4 Auswirkung der Änderung auf den flächennutzungsplanerischen und/oder den regionalplanerischen Teil des RFNP**

Es ist davon auszugehen, dass die Versagung der Wohnbauflächendarstellung zu einer Darstellungslücke des RFNP als Gesamtplan führt, die daher den flächennutzungsplanerischen und den regionalplanerischen Teil betrifft. Es wird also die Darstellung einer gewerblichen Baufläche/Allgemeiner Siedlungsbereich (G/ASB) neu getroffen.

Für den südlichen Teilbereich ändert sich die regionalplanerische Festlegung (ASB) nicht. Die Änderung für diesen Teilbereich bezieht sich allein auf die flächennutzungsplanerische Ebene.

Insgesamt sind somit die regionalplanerische als auch die flächennutzungsplanerische Ebene des Planes von der Änderung betroffen.

### **3.5 Alternative Entwicklungsmöglichkeiten**

Bei dem Bereich ehem. Zeche Bergmannsglück handelt es sich um eine Recyclingfläche, die bereits intensiv baulich genutzt worden ist. Es entspricht den landesplanerischen und regionalplanerischen Vorgaben, Wiedernutzungen im Sinne einer verstärkten Innenentwicklung vorrangig vor neuen Freirauminanspruchnahmen baulich zu nutzen. Die Fläche ist gut geeignet, um Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen. Diesem Ziel wird an dieser Stelle der Vorrang eingeräumt, eine Entwicklung als Grünfläche daher nicht angestrebt. Dies ist an anderer Stelle (ehemalige Kokerei Hassel) Ziel der Planung.

Darüber hinaus wurde eine Eignung der Fläche als Wohngebiet im Rahmen der Genehmigung des RFNP aufgrund der Nähe zu den bestehenden petrochemischen Anlagen des Werkes Scholven (BP) ausgeschlossen. Eine Entwicklung der Fläche als G/GIB zur Unterbringung von erheblich belastigenden Betrieben ist nicht vorgesehen, um keine Konflikte mit der umgebenden Wohnbebauung herbeizuführen.

Die Fläche ist als gewerbliche Baufläche insgesamt gut geeignet und ergänzt die bereits vorhandenen gewerblichen Nutzungen an der Bergmannsglückstraße. Aufgrund der Nähe zur Wohnbebauung muss in der nachfolgenden Bebauungsplanung darauf geachtet werden, dass die Zulässigkeit von gewerblichen Vorhaben soweit eingeschränkt wird, dass die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse gewahrt bleiben. Dies ist z.B. durch Festsetzung von geeigneten Abstandsklassen oder durch Betriebsbeschränkungen möglich.

## **4 Sonstige Belange**

### **4.1 Bergbau**

Der Planänderungsbereich wird überdeckt von dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerkseigentum „Im Vest“. Eigentümerin des Bergwerksfeldes ist die RAG AG, Shamrockring 1 in 44623 Herne. Der südliche Teil des Planänderungsbereichs wird zudem von dem auf Eisenerz verliehenen Bergwerksfeld „Uhlenbrock“ im Eigentum der E.ON AG überdeckt. Heute noch einwirkungsrelevanter Bergbau ist nach Angaben der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung Bergbau und Energie, im Planänderungsbereich nicht verzeichnet.

Der Bereich der Änderung unterliegt im südwestlichen Teilbereich derzeit noch der Bergaufsicht. Ein Abschlussbetriebsplanverfahren läuft.

Inhaberin der Bewilligung auf Kohlenwasserstoffe "Westerholt-Gas", die das Plangebiet vollständig überdeckt, ist die Firma Mingas-Power GmbH.

### **4.2 Schachtschutzbereiche**

Für die ehemaligen Schächte Bergmannsglück 1 und 2 sind aus Standsicherheits- und Ausgasungsgesichtspunkten Schutzbereiche zu beachten. Bezüglich der Restriktionen ist eine Abstimmung mit der RAG Montan Immobilien GmbH erforderlich.



### 4.3 Altlasten

Die Fläche ist im Altlast-Verdachtsflächenkataster der Stadt Gelsenkirchen unter dem Titel 20.003 Zeche und Kokerei Bergmannsglück 1/2 als Verdachtsfläche registriert.

Der nördliche Teil wurde im Rahmen der geplanten Neunutzung in den Jahren 2000/2001 untersucht. Die durchgeführten Boden- und Grundwasseruntersuchungen belegen heterogene Anschüttungen von 2 bis 6 m Mächtigkeit mit überwiegend unproblematischen Schadstoffgehalten (< Prüfwerte der BBodSchV für Wohnen). Lokal liegen im tieferen Untergrund Bodenbelastungen mit Teeröl vor, der Eingriff in diesem Bereich erfordert umfangreiche Sanierungsmaßnahmen. Bei derzeitiger Nutzung besteht keine Gefährdung.

Das Grundwasser steht unter Beobachtung.

Bei Nutzungsänderungen sind Bodenuntersuchungen im Hinblick auf die geplante Nutzung und die Entsorgungsfrage der Aushubböden durchzuführen

Der südwestliche Teil der Fläche steht noch unter Bergaufsicht. Im Rahmen des im August 2010 eingeleiteten Abschlussbetriebsplanverfahrens wurden Boden- und Grundwasseruntersuchungen in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse liegen noch nicht vollständig vor. Evt. vorhandene Bodenbelastungen können vor der Realisierung der Neunutzung saniert werden. Im südöstlichen Teil der Planfläche hat nach erfolgter und dokumentierter Sanierung die Bergaufsicht inzwischen geendet.

### 4.4 Verkehr

Die verkehrsberuhigte Bergmannsglückstraße weist heute ein Aufkommen von etwa 3.000 Fahrzeugen/Tag auf. Die Verkehrssituation war in der Vergangenheit bereits Gegenstand verschiedener Beschwerden von Anwohnern der Bergmannsglückstraße, die an das Referat Verkehr gerichtet wurden.

Um weitere verkehrliche Belastungen durch die vorgesehene gewerbliche Nutzung zu vermeiden, wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung eine vertiefende Verkehrsuntersuchung durchzuführen sein.

### 4.5 Immissionsschutz

Der Änderungsbereich ist westlich und östlich von Wohnbebauung umgeben. Südlich an das Gelände grenzen ein Seniorenwohnheim und ein Kindergarten an. Im Rahmen der Vorplanung, einen Teil der Gesamtplanung vorgezogen zu realisieren, wurden die absehbaren Geräuschemissionen der Gesamtentwicklung durch den Tüv Nord untersucht.

Das Gutachten weist insgesamt nach, dass über geeignete Maßnahmen sichergestellt werden kann, dass das Ansiedlungsvorhaben keine Konflikte zu den bestehenden Nutzungen auslöst. Die Lösungsvorschläge zur Lärminderung sind im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung zu konkretisieren.

### 4.6 Denkmalschutz

Das Fördermaschinenhaus III von 1911 mit Zwillingsdampfmaschine und zugehöriger gusseisener Seilscheibe aus der Bauzeit ist denkmalwert und erfüllt die Voraussetzungen zur Eintragung als Baudenkmal.

Dies ist das Ergebnis eines intensiven Prüfprozesses, das in die verbindliche Bauleitplanung einfließt.

#### **4.7 Bodendenkmalpflege**

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturge-schichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbe-schaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt/Gemeinde als Unterer Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie in West-falen, Außenstelle Olpe unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§ 15 u. 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NW).

#### **4.8 technische Infrastruktur**

Im Änderungsbereich verlaufen diverse Leitungstrassen unterschiedlicher Medien (u.a. Wasserstoff, Druckluft, Fernwärme, Wasser).

### **5 Verfahrensablauf**

#### **5.1 Verfahren**

Der Erarbeitungsbeschluss für das vorgelegte Änderungsverfahren des RFNP wurde von den Räten der Planungsgemeinschaft zwischen dem 15.11. und dem 16.12.2010 gefasst. Im Rahmen des Scopings wurde zuvor den Fachbehörden die Gelegenheit gegeben, sich zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu äußern. Die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit fand vom 17.01.2011 bis 17.02.2011 statt. Die öffentliche Auslegung wurde im Sommer 2011 (12.-21.07.2011) durch die Räte der Planungsgemeinschaft beschlossen. Die anschließende öffentliche Auslegung sowie die förmliche Beteiligung fand vom 07.09. bis 07.10.2011 statt. Anschließend wurden die fristgemäß vorgebrachten Stellungnahmen der Beteiligten gem. § 33 LPIG DVO mit dem Ziel des Meinungsausgleiches in einem schriftlichen Verfahren erörtert. Die synoptische Darstellung der in der förmlichen Beteiligung vorgebrachten Anregungen und der Stellungnahmen der Verwaltung beinhaltet die Ergebnisse der Erörterung. Mit dem Aufstellungsbeschluss (entspricht nach LPIG dem abschließenden Planbeschluss) wird das RFNP- Änderungsverfahren beendet.

Nach Beschlussfassung wird das Änderungsverfahren der Landesplanungsbehörde (Staatskanzlei NRW) zur Genehmigung eingereicht. Mit Veröffentlichung der erteilten Genehmigung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW und in den amtlichen Verkündungsorganen der Städte wird die Änderung des RFNP Ziel der Raumordnung bzw. wirksam.

#### **5.2 Benehmen/Einvernehmen des RVR**

Seit Oktober 2009 ist der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) zuständiger Träger der staatlichen Regionalplanung im Ruhrgebiet. Der RVR wird daher mittelfristig einen Regionalplan für das gesamte Ruhrgebiet erarbeiten, der den RFNP in seiner Teilfunktion als Regionalplan ablöst. Nach der Überleitungsvorschrift zum RFNP des § 39 LPIG kann die Planungsgemeinschaft den RFNP nach den Vorschriften des § 25 LPIG-alt ändern. Diese Regelung gilt bis zum Aufstellungsbeschluss (hierbei handelt es sich nach LPIG um den abschließenden Planbeschluss) des Regionalplans Ruhr durch die Verbandsversammlung des RVR bzw. bis zum 31.12.2015. Hinsichtlich der regionalplanerischen Inhalte des RFNP



ist dabei bis zum verfahrenseinleitenden Erarbeitungsbeschluss des Regionalplans Ruhr das Benehmen danach das Einvernehmen mit dem RVR herzustellen.

Obwohl die Genehmigungsversagung der beabsichtigten Wohnbauflächendarstellung im Rahmen der Prüfung des RFNP als gemeinsamer Flächennutzungsplan ausgesprochen wurde, geht die Planungsgemeinschaft davon aus, dass die Versagung der Wohnbaufläche im Rahmen der Genehmigung zu einer Darstellungslücke des RFNP insgesamt im benannten Bereich führt und sich diese somit sowohl auf den flächennutzungsplanerischen als auch auf den regionalplanerischen Teil bezieht. Daher wurde im Rahmen des Verfahrens das Benehmen mit dem RVR, Referat Regionalplanung hergestellt.

Für den südlichen Teilbereich ändert sich die regionalplanerische Festlegung nicht (ASB). Das Benehmen des RVR ist daher nicht erforderlich. Eine Beteiligung des RVR im Rahmen der Trägerbeteiligung erfolgte jedoch ohnehin.

Die für staatliche Regionalplanung zuständige Stelle hat im Verfahren ausschließlich zum Zeitpunkt der frühzeitigen Beteiligung eine Stellungnahme abgegeben. Eine Stellungnahme zur förmlichen Beteiligung erfolgte nicht. Aus diesem Grund lagen der Planungsgemeinschaft keine Inhalte vor, für die im Rahmen der regionalplanerisch vorgesehenen Erörterung ein Meinungsausgleich erarbeitet werden könnte.

### **5.3 Umgang mit den Stellungnahmen**

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürger sind keine wesentlichen Bedenken vorgetragen worden, die zu einer Änderung der Planung geführt haben. Aufgrund vorgetragener Hinweise und Anregungen von beteiligten Trägern öffentlicher Belange wurde die Begründung zur Änderung GE 08 entsprechend angepasst. Eine Änderung der Plandarstellung erfolgte nicht. Stellungnahmen von Bürgern sind im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nicht eingegangen.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung gingen insgesamt 20 Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit ein, die sich ausnahmslos auf den Teil des Geltungsbereiches westlich der Bergmannsglückstraße beziehen und darauf abzielen, die Wohnnutzung mit einer anderen Darstellung zu würdigen. Diesen Anregungen wird nicht gefolgt, weil eine geänderte Darstellung keine Auswirkungen auf den Bestand der Wohnnutzung hätte und eine bauleitplanerische Steuerung des Nebeneinanders von Wohnen und Arbeiten im nachfolgenden Verfahren uneingeschränkt möglich ist. Aufgrund von Stellungnahmen der beteiligten öffentlichen Stellen und Trägern öffentlicher Belange wurde die Begründung redaktionell fortentwickelt. Inhalte, die eine Änderung der Planung erfordert hätten, ergaben sich nicht.

Das schriftliche Erörterungsverfahren wurde mit folgenden Trägern durchgeführt:

- Bezirksregierung Arnsberg  
Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW
- Gelsenwasser AG
- Landesamt für Natur, Umwelt und  
Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen
- Landesbetrieb Straßenbau NRW –  
Regionalniederlassung Ruhr
- Regionalverband Ruhr  
Referat 11 - Landschaftsentwicklung und Umwelt
- Wehrbereichsverwaltung West

Es konnte in allen Fällen ein Meinungsausgleich erzielt werden.

## 6 Flächenbilanz

bestehende Darstellung		Fläche (ha)	neue Darstellung		Fläche (ha)
FNP- Ebene	Regionalplan- Ebene		FNP- Ebene	Regionalplan- Ebene	
von der Genehmigung ausgenommen (versagte Wohnbaufläche)		6,8	gewerbliche Baufläche	Allgemeiner Siedlungsbereich	19,2
gemischte Baufläche	Allgemeiner Siedlungsbereich	12,4			
<b>Summe</b>		<b>19,2</b>	<b>Summe</b>		<b>19,2</b>

Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben.